



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

12. Ratssitzung vom 26. August 2026

532. 2026/245

Postulat von Stéphane Braune (FDP) und Alana Gerdes (FDP) vom 27.05.2026: Renovation des Schulhauses Aemtler, Anschluss an die Fernwärmeversorgung unter Verzicht auf die Erdsonden-/Wärmepumpenlösung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stéphane Braune (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 137/2026): Bei unserem Postulat geht es um die einfache Frage, ob es sinnvoll ist, fünf Millionen Franken und graue Energie in ein Erdsondenfeld und eine Wärmepumpenanlage zu investieren, wenn das Gebiet Sihlfeld in wenigen Jahren mit Fernwärme erschlossen wird. Die Ausgangslage ist uns allen bekannt. Das geplante Erdsondenfeld auf der Aemtlerwiese fürs Schulhaus Aemtler ist durch einen Rekurs blockiert. Aus diesem Grund hat die Stadt Zürich die Wiese renaturiert und wiederhergestellt. Wie lange das Rechtsverfahren dauern wird, ist ungewiss. Falls der Rechtsweg bis zum Bundesgericht ausgeschöpft wird, dauert es noch einige Jahre. Ich denke, die Stadt geht davon aus, sonst hätte sie die Wiese nicht renaturiert. Während dieser Zeit muss das bestehende Heizsystem des Schulhauses weiterbetrieben und instandgehalten werden, damit man den Schulbetrieb sicherstellen kann. Gleichzeitig ist vorgesehen, das Gebiet Sihlfeld in den kommenden Jahren mit Fernwärme zu erschliessen. Dafür hat die Bevölkerung der Stadt Zürich im letzten Herbst einen Rahmenkredit von 2,23 Milliarden Franken gutgeheissen. Gemäss Planung des Elektrizitätswerks (ewz) soll das Gebiet Sihlfeld ungefähr im Jahr 2035 an die Fernwärme angeschlossen werden. Es bietet sich damit aufgrund der unerwünschten, aber nun vorhandenen Verzögerung die Möglichkeit, das Schulhaus ans Fernwärmenetz anzuschliessen, das wir mit sehr viel Geld klimaneutral ausbauen. Wir bitten den Stadtrat aufgrund der veränderten terminlichen Randbedingungen zu prüfen, ob es möglich ist, das bestehende Heizsystem des Schulhauses mit vertretbarem Aufwand so zu ertüchtigen, dass man dieses weiterbetreiben kann, bis man das Schulhaus an die Fernwärme anschliessen kann. Damit können bei einem positiven Resultat dieser Abklärung eine Investition von knapp fünf Millionen Franken und graue Energie fürs Bohren der unzähligen Sonden vermieden werden. Uns geht es mit der Anfrage und dem Postulat nicht darum, eine nachhaltige und ökologische Wärmeversorgung des Schulhauses zu verhindern, wie es uns die Grünen letzte Woche vorgeworfen haben. Fernwärme ist CO₂-neutral und trägt dazu bei, das Netto-Null-Ziel zu erreichen, also ist das eine klimatech-



nisch ebenbürtige Lösung. Wir wollen prüfen lassen, ob es nicht diese ökologisch, technisch und wirtschaftlich sinnvolle Lösung mit Fernwärme für das Schulhaus gibt.

Sven Sobernheim (GLP) begründet den namens der GLP-Fraktion am 10. Juni 2026 gestellten Ablehnungsantrag: Ich weiss gar nicht, wo ich bei diesem Votum beginnen soll. Der Postulant hat gesagt, dass wir, wenn wir wegen des Bundesgerichts noch ein paar Jahre auf das Erdsondenfeld warten müssen, in dieser Zeit die bestehende Heizung weiter unterhalten müssten. Bis das Verfahren spätestens abgeschlossen ist, sind wir im Jahr 2030 oder 2031. Gleichzeitig schlägt er als Alternative vor, dass wir im Jahr 2034 an das thermische Netz angeschlossen werden könnten. In den Jahren dazwischen müssten wir die bestehende Heizung weiter unterhalten. Er sagt auch, man müsse dem Nachbarn entgegenkommen. Dieser Nachbar hat einen unberechtigten Rekurs eingereicht, was das Baurekursgericht bestätigt hat. Wir werden sehen, wie Verwaltungsgericht und Bundesgericht entscheiden. Bemerkenswert ist, dass ausgerechnet die Partei, die auf kantonaler und nationaler Ebene das Rekursrecht einschränken will, hier einen ziemlich fragwürdigen Nachbarschaftsrekurs unterstützt. Die fünf Millionen Franken sind einmalige Investitionskosten; Erdsonden kosten im Unterhalt danach fast nichts mehr. Thermische Netze hingegen sind alles andere als gratis. Die Anschlussgebühren sind sehr hoch und der Betrieb ist teuer. Wenn man vorschlägt, das thermische Netz als Alternative zu nutzen, muss man sich bewusst sein, dass es eine ökologische Ersatzlösung ist, wenn keine bessere Option zur Verfügung steht. Die Energie dafür ist nicht unbegrenzt vorhanden, sodass man die ganze Stadt daran anschliessen könnte. Wo Erdsonden, Luft-Wasser-Wärmepumpen oder andere ökologische Energielösungen möglich sind, sind diese dem thermischen Netz immer vorzuziehen. Das thermische Netz eignet sich für Fälle wie meinen, für Mehrfamilienhäuser in einem Grundwasserschutzgebiet, wo sich das Problem nicht anders lösen lässt. Auch Einfamilienhäuser sollte man nicht an ein thermisches Netz anschliessen, sondern besser mit einer Luft-Wasser-Wärmepumpe betreiben. Wer dieses Postulat unterstützt, stützt einen unberechtigten Nachbarschaftsrekurs und torpediert ein Projekt, das selbst mit allen Instanzen ab dem Jahr 2030 laufen könnte.

Weitere Wortmeldungen:

Alice Kohli (SP): Ich hätte nicht gedacht, dass mein erstes Votum im Rat eine Zustimmung für ein Postulat der FDP sein würde. Wir stehen nach wie vor hinter dem Plan des Baus einer Erdsonden-Wärmepumpe fürs Aemtler-Schulhaus. Das Ziel der SP ist die rasche Dekarbonisierung von Heizsystemen auf dem gesamten Stadtgebiet. Wenn Plan A, also die Erdsonden-Wärmepumpe, nicht durchführbar ist oder auf unbestimmte Zeit ausgebremst wird, muss Plan B in Betracht gezogen werden. Das wäre z. B. die Wärmepumpe unter Nutzung eines Fernwärmereservoirs. Es handelt sich dabei um eine ähnliche Technologie. Wir halten es darum für sinnvoll zu prüfen, ob ein Anschluss des Schulhauses an die Fernwärmeversorgung möglich ist, und stimmen dem Postulat zu.

Urs Riklin (Grüne): Stéphane Braune (FDP) hat es einleitend zu diesem Postulat schon formuliert: Es geht um eine einfache Frage. Soll man noch mindestens 20 Jahre fossile



Energie verbrennen und dem Klima weiter einheizen, oder soll man eine Investition tätigen und mit erneuerbarer und vor allem fossilfreier Energie das Schulhaus beheizen? Mich erinnert dieses Postulat an eine Diskussion, die auch in unseren Nachbarländern geführt wird, bspw. in Frankreich, wo das Rassemblement National herausgefunden hat, dass man sich der Klimaerwärmungsdebatte nicht mehr entziehen kann. Nun fordern sie auch Massnahmen, z. B. überall Klimaanlage einzubauen. So werden die Auswirkungen der Hitze erträglich, ohne dass man echte Klimaschutzmassnahmen ins Auge fassen muss. Heute Abend haben wir Grünen die Dringlichkeitserklärung von einem Vorstoss der FDP unterstützt, weil es wahrscheinlich sinnvoll ist, vulnerable Personenkreise mit Kühlgeräten vor der Hitze zu schützen. Ich habe wenig Verständnis dafür, dass einige Traktanden später dieses Postulat behandelt wird, das während der nächsten 20 Jahre im grossen Stil Erdöl verbrennen und so zur Klimaerwärmung beitragen will. Es überrascht wahrscheinlich niemanden, dass die Grünen dieses Postulat ablehnen. Ich habe auch wenig Verständnis dafür, dass die SP, die sich den Klimaschutz gross auf die Fahne geschrieben hat, ein solches Postulat unterstützt. Selbst wenn das Erdsondenfeld technisch oder aus anderer Sicht nicht möglich wäre, gäbe es bessere Alternativen.

Wolfgang Kweitel (Die Mitte): Hier geht es um Pragmatismus. Wir haben gehört, dass der Rekurs voraussichtlich zu einer Verzögerung von fünf bis acht Jahren führen wird, nach denen das Gebiet ohnehin mit Fernwärme erschlossen wird. Bestehende Heizsysteme müssen in dieser Zeit sowieso weiterbetrieben und instandgehalten werden. Das lässt sich genauso gut für die gesamte Übergangszeit machen. Ein Erdsondenfeld, eine Wärmepumpe und die dazugehörige Technik würden damit hinfällig, und das ist durchaus etwas Positives: Man muss nichts bauen, das kurz danach wieder überflüssig wird, zumal die geplante Fernwärme dann sowieso zur Verfügung steht. Eine teure Deluxe-Anlage zu bauen, die nach wenigen Jahren durch einen Anschluss ans städtische Fernwärmenetz wieder abgelöst würde, ist finanzpolitisch nicht vertretbar. Wir haben die Pflicht, mit öffentlichen Geldern sorgfältig umzugehen. Es geht hier nicht um ein Leuchtturmprojekt. Es wird kein Statement gemacht. Es geht schlicht um gesunden Menschenverstand: Man baut nichts, was in Kürze ohnehin obsolet wird, insbesondere wenn es durch eine ökologische Lösung ersetzt werden kann. Eine grosse städtische Liegenschaft als gesicherte Bezügerin verbessert zudem die Auslastung und damit die Wirtschaftlichkeit des Netzausbaus. Sollte es doch anders kommen, ist das kein Problem. Es handelt sich lediglich um einen Prüfauftrag. Die Die Mitte stimmt dem Postulat zu.

Jean-Marc Jung (SVP): Die Sanierung und der Umbau für die Tagesschule sind dringend. Das Budget von knapp 130 Millionen Franken wurde schon lange gesprochen. Die alte Ölheizung muss zwingend ersetzt werden, wobei die Fernwärmealternative aus Sicht der Stadt erst in 10 bis 15 Jahren möglich ist. Die Lösung mit der Erdsonden-Wärmepumpe ist juristisch blockiert. Da stehen wir vor einem Scherbenhaufen, weil der Rekurrent seine Klage durch alle Instanzen zieht. Das ursprüngliche Projekt mit 37 Bohrungen für Erdsonden von jeweils 245 Metern Tiefe ist tatsächlich gigantisch und kann Angst machen. Die Wärmepumpen hätten das Provisorium und später auch die beiden Haupttrakte des benachbarten Schulhauses mit Wärme versorgen sollen. Ein Verzicht auf die Sonden zugunsten der Fernwärme ist rechtlich unter der neuen Bau- und Zonenordnung



machbar und würde den juristischen Streit aus der Welt schaffen. Es könnten natürlich neue Einsprachen auftauchen, was zeigt, dass das Einspruchsrecht zu stark ausgebaut ist. Die tiefen Gerichtsgebühren sollten durch viel höhere ersetzt werden. Sie schrecken heutzutage niemanden mehr ab. Ob man die bestehenden Heizsysteme als Zwischenlösung ertüchtigen kann, sollte man sowieso prüfen. Die verheulerten Ölheizungen werden immer klimaneutraler, auch wenn sie nicht optimal sind. Andere Heizmöglichkeiten wie mobile containerbasierte Pelletheizungen sollten rechtlich als Zwischenlösung möglich sein, bis die eine oder andere Lösung bereitsteht. Die Kinder haben das Recht auf eine geregelte Schulzeit in einer intakten Schulhausinfrastruktur und sollten nicht Opfer der Auseinandersetzungen zwischen uns Alten werden. Wir unterstützen das Postulat gern.

Sophie Blaser (AL): *Schulhäuser müssen instandgesetzt werden und dafür braucht es Provisorien. Auch die Ablösung der fossilen Heizung ist unbestritten. So weit der Konsens. Aber neben dem Aemtlers-Schulhaus wohnt ein Immobilienbesitzer, der offenbar meint, er habe das Recht auf Aussicht auf die Aemtlerswiese und zwar ohne Provisorien und ohne Baufeld. Im Tages-Anzeiger hat er dazu grosszügig Auskunft gegeben, zwar nicht unter seinem Namen, aber sichtlich stolz. Es hat mich ein paar Stunden gekostet, aber ich habe ihn schliesslich gefunden, und zwar auf der Wahlhomepage von Flurin Capaul (FDP) sowie auf der Homepage des Gewerbevereins Kreis 3. In weiteren Artikeln hat er unter seinem Namen ausführlich über all seine bisherigen Rekurse berichtet und darüber, was er damit in der Stadt Zürich schon alles verzögert hat – wenn auch mit wenig Erfolg. So hat er eine Veloroute um ein paar Jahre verzögert und ist darauf ausgesprochen stolz. Er hat bereits angekündigt, dass er ohnehin gegen alles rekurren wird, was auf der Aemtlerswiese stattfindet. Es spielt also ehrlicherweise gar keine Rolle, ob er diesen Fall nun weiterzieht oder nicht, denn die Provisorien wird er so oder so bekämpfen. Es ist offenbar sein Hobby, Rechtsstreite zu führen. Weshalb die FDP dieses Hobby fördern will, erschliesst sich uns nicht, und weshalb die SP dabei mitzieht, ebenso wenig. Das gilt umso mehr, da das Erdsondenfeld langfristig 10 Prozent günstiger ist. Wer stattdessen auf die Fernwärme wartet, produziert durch die damit verbundenen Mehrausgaben schlicht mehr Aufwand und mehr Kosten für die Stadt. Es dauert länger und wird nicht günstiger. Das können wir nicht nachvollziehen und lehnen das Postulat ab.*

Stéphane Braune (FDP): *Ich bin erstaunt, wie viel Polemik ein derart einfacher und pragmatisch formulierter Prüfauftrag bei den Grünliberalen und der AL auslöst. Wir finden Rekurse gegen Bauvorhaben nicht gut, das ist klar. Aber nun ist es so. Es gibt Dinge, die wir nicht beeinflussen können. Den Rekurrenten kenne ich nicht, ebenso wenig wie Alana Gerdes (FDP), die den Vorstoss miteingereicht hat. Es spielt aber ohnehin keine Rolle, was das für eine Person ist. Tatsache ist, dass sich damit auf der Terminalschiene eine neue Ausgangslage ergibt. Kommt die Stadt bei dieser Prüfung zum Schluss, dass die Fernwärme keine gute Idee ist, dann ist das in Ordnung. Das gehört einfach dazu, das kenne ich als Bauingenieur aus eigenen Projekten. Ergibt sich eine neue Ausgangslage, rollt man das Variantenstudium noch einmal auf. Das ist Best Practice und hat nichts mit irgendeiner politischen oder ideologischen Gesinnung zu tun. Darum erstaunt mich diese Reaktion enorm. Der Redner der GLP hat gesagt, eine Wärmepumpe sei im Betrieb gratis. Ich würde mich natürlich riesig freuen, wenn ich künftig Strom vom ewz für*



meine Wärmepumpe mit Erdsonde zu Hause gratis bekäme. Ich finde Wärmepumpen mit Erdsonden tatsächlich auch sehr gut, ich habe das selbst schon vor längerer Zeit umgesetzt. Wir haben aber bereits sehr viel Geld für die Fernwärme ausgegeben oder werden dies noch tun, nachdem sie uns als CO₂-neutrale Superlösung verkauft wurde. Deshalb macht es Sinn, das zu prüfen. Ganz pragmatisch und unideologisch prüfen wir es, und dann sehen wir, was dabei herauskommt. Die mathematischen Künste der Grünen erstaunen mich ebenfalls. Seit mein ehemaliger Mathematiklehrer Balz Bürgisser (Grüne) nicht mehr Mitglied der Grünen-Fraktion ist, scheinen die Rechenkünste dieser Partei nachgelassen zu haben. Da wird mit 20 Jahren gerechnet. So käme am Ende etwa das Jahr 2047 oder 2050 heraus. Eine interessante Rechnung, die die Grünen da anstellen.

Martin Busekros (Grüne): Was wir hier von der FDP erleben, ist wie damals, als die Drag Storytime von der Jungen Tat angegriffen wurde und die FDP in der Woche darauf einen Vorstoss einreichte, um die Storytime zu verbieten. Es ist ein Zusammenspiel unter Freunden. Die FDP deckt ihren hobbylosen Parteikollegen, der offenbar wirklich nichts Besseres zu tun hat, als städtische Ressourcen zu verschwenden. Allein bei diesem Projekt wurde eine halbe Million Franken verschwendet, nur weil sich jemand für besonders wichtig hält. Es ist eine bodenlose Frechheit, die die FDP auch noch unterstützt. Ausgerechnet die Partei, die stets vom haushälterischen Umgang mit Steuermitteln schwadroniert, deckt hier die reinste Steuergeldverschwendung. Das Postulat braucht es einfach nicht. Es braucht erst recht nicht die Zustimmung der SP. Denkt ihr ernsthaft, die Verwaltung würde die Kinder im nächsten Winter erfrieren lassen, nur weil die fossile Ölheizung nicht mehr läuft? Natürlich nicht. Es braucht keine Aufforderung des Gemeinderats, die Kinder nicht frieren zu lassen. Und blockiert der Herr die Wärmepumpe so lange, bis irgendwann das Fernwärmenetz dort ankommt, dann ist es eben so, und die Stadt wird auch das pragmatisch lösen. Vertrauen Sie doch den Fachleuten der Stadtverwaltung, anstatt sich hier ständig als die Klügeren aufzuspielen. Mit einer Wärmepumpe kann man auch kühlen. Letzte Woche habe ich in der Fraktionserklärung bereits gesagt, Stéphane Braune (FDP), dass ihr damit die Möglichkeit der Kühlung im Sommer verunmöglicht. Der Vorteil der Wärmepumpe gegenüber dem Fernwärmenetz besteht gerade darin, dass man im Sommer kühlen kann. Ich erkläre auch gern, wie man mit der Erdwärmesonde sehr günstig heizen kann: Mit den demnächst flexiblen Strompreisen lässt sich an heißen Tagen, an denen man kühlen will, praktisch gratis kühlen. Die dabei anfallende Wärme lässt sich unten im Erdloch bis in den Winter hinein speichern, um dann wieder sehr günstig damit zu heizen. Die Wärmepumpe mit Erdwärmesonde ist klar die überlegene Lösung. Wir sollten auf diese Lösung setzen, weil wir damit die Flexibilität nutzen können, es eine elektrische Lösung ist und sie die beste ist, die uns zur Verfügung steht. Es ist tragisch, dass das blockiert wird, und beschämend, dass die FDP das deckt.

Sven Sobernheim (GLP): Ich rechne es gerne noch einmal vor. Wir sind im Jahr 2026. Nach dem Gang ans Bundesgericht und Verwaltungsgericht landen wir im Jahr 2030, dann haben wir Rechtssicherheit bei der Erdsonde. Im Jahr 2034 kommen die thermischen Netze, eure Überbrückungslösung bis zum Jahr 2030, in dem das Erdsondenfeld kommen sollte. Das ergibt immer noch keinen Sinn. Aber was mich wirklich verwirrt, überrascht und auch ein wenig wütend macht, ist die Positionierung der SP. Die SP hat



6 / 6

beim letzten Postulat gesagt, wir müssen Flugwerbung verbieten, weil die Leute dann nicht mehr fliegen. Jetzt findet sie, wir sollen auf die ökologisch beste Technologie verzichten, die hier technisch möglich ist. Das zeigen die Pläne und die Baubewilligung. Darauf sollen wir verzichten, weil man noch eine andere Idee haben könnte? Die Die Mitte sagt derweil, dass sich das thermische Netz, das die Stadt betreibt, wirtschaftlich lohnen würde, wenn die Stadt grösster Bezüger wird und selber Steuergelder reinpumpt. Ein interessantes Perpetuum mobile, das sie da betreiben. Es war nie der Plan, die Erdsonden durch thermische Netze zu ersetzen. Es war immer der Plan, das Schulhaus nur mit Erdsonden zu heizen und zu kühlen. Die Erdsonden haben eine Lebensdauer, die wir uns heutzutage fast nicht vorstellen können. Ich habe gesagt, dass es fast gratis ist, weil die Photovoltaik-Anlagen so viel Strom liefern. Die Redeliste ist leider geschlossen, aber ich verlange von der SP eine Erklärung. Habt ihr die Weisung zu den thermischen Netzen oder die Erdsonden-Technologie nicht verstanden? Habt ihr nicht verstanden, dass es eine begrenzte Technologie ist oder ist irgendwer mit dem Rekurrenten verwandt?

Das Postulat wird mit 81 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Persönliche Erklärungen:

Dr. Emanuel Tschannen (FDP) hält eine persönliche Erklärung zum Votum von Martin Busekros (Grüne) und dessen Vorwürfen an Mitglieder der FDP-Fraktion.

Martin Busekros (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zum Votum von Dr. Emanuel Tschannen (FDP).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat